

Stv. Schulte fragt an, ob das Sanierungskonzept bereits genehmigt ist und ob evtl. die weitere Entwicklung bis zur Haushaltsverabschiedung 2013 aufgeschoben werden kann. Außerdem möchte er wissen, warum der Gemeinde Marienheide nun zusätzliche Mittel bewilligt wurden.

Dazu entgegnet der Bürgermeister, dass seitens der Bezirksregierung noch keine Entscheidung gefallen sei, die Stadt allerdings alle Anfragen beantwortet und Hinweise beachtet habe. Er rechne kurzfristig mit einer Genehmigung des Haushaltssanierungsplanes, allerdings habe die Bezirksregierung Köln, im Gegensatz zu anderen Bezirksregierungen, bisher noch keine Sanierungspläne genehmigt. Von der ausstehenden Genehmigung seien auch ausstehende Förderbescheide betroffen.

Zur Situation in Marienheide könne er keine konkrete Antwort geben, allerdings habe diese in der Vergangenheit wegen anderer Berechnungsgrundlagen fast keine Schlüsselzuweisungen erhalten. Eine Vertagung der Entscheidung über die Hebesätze zum jetzigen Zeitpunkt sei nicht möglich, da mit der Verabschiedung des Sanierungsplanes bereits darüber entschieden wurde. Er bittet eindringlich darum, der Vorlage ohne Gegenstimmen zuzustimmen, da eine Ablehnung der Stadt außerordentlich schaden könne, wofür er jede Verantwortung ablehne.

Ergänzend weist StAR Halbach darauf hin, dass auf dieser Grundlage der Haushaltsplan 2013 erstellt werden müsse, wobei Änderungen allerdings nicht auszuschließen seien.

Stv. Pütz möchte jetzt noch keinen Beschluss fassen und beantragt die Verschiebung bis zur Verabschiedung des Haushaltsplanes im November. Auch Stv. Schulte möchte einen Beschluss erst im November fassen.

Stv. Retzerau weist darauf hin, dass bisher davon ausgegangen wurde, dass bei günstigen Entwicklungen auch noch eine Anpassung der Grundsteuer B nach unten erfolgen könne.

Stv. Schmid glaubt zwar nicht, die Bezirksregierung beeinflussen zu können, möchte sich jedoch bei ihren Entscheidungen nicht deren Willkür aussetzen.

Stv. Dr. Kahnis möchte ebenfalls erst eine Entscheidung im November treffen und beantragt daher, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Daraufhin fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt „Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Gemeindesteuern 2013 in der Stadt Bergneustadt (Hebesatzsatzung)“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.